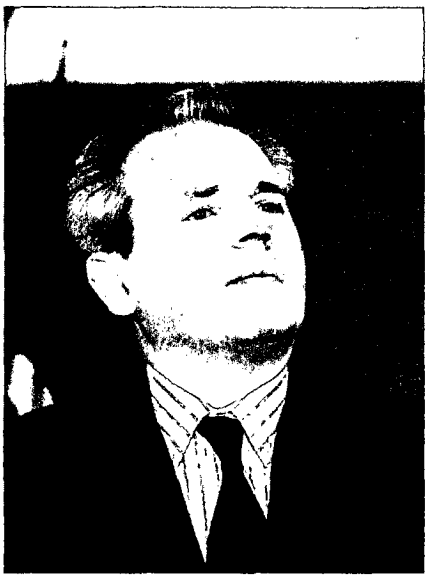


Prügelnde Sicherheitskräfte in Belgrad: Ausnahmezustand verlangt

zierskorps auf ihren Verfassungsauftrag zur „Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Gesamtheit". Sie fordern Sonderkompetenzen, um künftig ohne Rückfrage im Staatspräsidium die Armee einsetzen zu können.

Verteidigungsminister Veljko Kadijević verkündete, solange er dieses Amt halte, werde es keinen Putsch geben. Doch slowenische und kroatische Politiker waren sich gewiß, daß der Druck der radikalen Generale – allesamt alte Titoisten – auch von Kadijević kaum noch aufzuhalten sei. Lojze Peterle, slowenischer Premier: „Die Armee will als Retter der Nation auftreten, die einen Bürgerkrieg verhindert." Denn wenn Jugoslawien zerfällt, zerfällt auch die Armee.



Serben-Präsident Milošević
Gewaltsame Lösung

Ein internes Rundschreiben des Bundesverteidigungsrats legte fest: „Die Armee muß für die Aufrechterhaltung des Sozialismus kämpfen und gegen ausländische Imperialisten, gegen die CIA und alle anderen Feinde von außerhalb."

Generale sitzen in der Führung des neugegründeten „Bundes der Kommunisten – Bewegung für Jugoslawien", der wieder eine Führungsrolle in Jugoslawien übernehmen möchte. Doch nach dem Rücktritt des Militärfreunds Jović übernahm der Kroate Stjepan Mesić zunächst kommissarisch den Vorsitz im Staatspräsidium, und der läßt über seinen ersten Befehl an die Armee keine Zweifel aufkommen: Zurück in die Kasernen.

Jović dagegen war es, der im Alleingang – und gegen die bestehende Verfassung – den Einsatz der Panzer im kroatischen Pakrac und in Belgrad verfügt hatte. Den Feuerbefehl auf die Demonstranten in der Hauptstadt am 9. März erteilte Serbiens Innenminister Radmilo Bogdanović. Als die Panzer und Scharfschützen anrückten, hörte die Menge gerade einer Rede des bärtigen, Rasputin ähnlichen Schriftstellers Vuk Drašković zu, der nach der Wahlniederlage seiner Serbischen Erneuerungspartei im vorigen Dezember jetzt „zur Ausrottung der Kommunisten" ruft.

Die Demonstranten verlangten die Absetzung des Belgrader Fernseh-Generaldirektors, der durch seine Propaganda – wie eine parlamentarische Untersuchungskommission bestätigte – der Milošević-Partei den Wahlsieg gesichert hatte. Er trat zurück, Innenminister Bogdanović bot seinen Rücktritt an.

Serbiens Regierungschef Dragutin Zelenović wird wohl als nächster fallen: Er hatte die Demonstranten als Terroristen und Wandalen beschimpft und behauptet, Oppositionsführer Drašković habe seine Anhänger mit aus Albanien geschmuggelten Drogen aufgeputscht.

Drašković, nach fünftägiger Haft, während der er Klosettschalen säubern mußte, wieder entlassen, nennt seine Ziele: „Serbien muß demokratisch werden, muß europäisch werden. Wir werden weiter demonstrieren, bis der letzte Kommunist aus der Regierung verjagt ist." Er hofft auf baldige Neuwahlen.

Drašković, 45, war einst Kabinettschef des kommunistischen Premiers Mika Špiljak gewesen und wandelte sich Ende der siebziger Jahre mit seinem Buch „Nož" (Messer), in dem er das Tito-System angriff, zum Dissidenten. Auch er ist, wie Milošević, serbischer Nationalist: „Sollten sich Kroatien oder Bosnien von Jugoslawien abtrennen – dann bedeutet dies Krieg", prophezeit er.

Wenn er nach einem Wahlsieg Präsident wird, will er nur einige Monate sein Amt genießen. „Danach wird der König aus der Emigration in London zurückgeholt", sagt er, „Serbien wird wieder Königreich." Exil-Prinz Alexander Karadjordjević hat schon zugesagt.

Großbritannien

Stille Allianz

Premierminister John Major versucht, das Thatcher-Erbe abzuschütteln. Doch seine politische Ziehmutter sitzt ihm weiter im Nacken.

Bevor er zum Thema Europa kam, machte Britenpremier John Major seinen 800 Zuhörern im Bonner Konrad-Adenauer-Haus ein banales „Geständnis". Major: „Ich bin 47."

Warum der jüngste Amtshalter von Downing Street 10 in diesem Jahrhundert sein allseits bekanntes Alter so hervorhob, wurde der Politikerversammlung in der CDU-Zitadelle schnell klar: Major kündigte im Namen seiner „nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsenen" Inselgeneration ein neues Kapitel britischer Europapolitik an.

Er wünsche, so der Premier, das Inselreich dort zu sehen, „wohin wir gehören", nämlich „im Herzen Europas". Dies war der offene Bruch mit der Anti-EG-Politik seiner Ziehmutter Margaret Thatcher. Der Premierminister habe einen „Schlußstrich gezogen unter die vom Zweiten Weltkrieg gezeichnete ganze Thatcher-Generation", urteilte der Londoner *Evening Standard*.

Nur zwei Tage nachdem die Eiserne Lady a. D. in den USA wieder einmal gewarnt hatte, die Deutschen wollten

das vereinte Europa beherrschen, schlug Major in Bonn versöhnliche Töne an: Deutschland und England sollten eng zusammenarbeiten, „wärmstens" sogar.

„Major zementiert neue Beziehungen zu Deutschland", kommentierte der konservative *Daily Telegraph* die neue Herzlichkeit. Für Außenminister Douglas Hurd bildet die britisch-deutsche Eintracht schon „die große stille Allianz Europas". Der Herr des Foreign Office sagte zwar nicht, dieser Bund solle die deutsch-französische Achse ersetzen, aber, so meinte ein Bonner Diplomat, „irgendwie klang es danach".

Mit einer anderen Erblast aus dem Thatcher-Nachlaß dürfte der Premier dagegen nicht so schnell fertig werden wie mit der Europapolitik: Die von Margaret Thatcher im vorigen Frühjahr eingeführte Poll Tax, die sogenannte Kopfsteuer, treibt die Konservativen in eine Zerreißprobe.

Um die ihr nahestehenden Haus- und Grundeigner zu erfreuen, hatte Frau Thatcher die Kommunalsteuer mit der ihr eigenen Radikalität reformiert. Nicht mehr der Immobilienbesitz diente als Rechnungsgrundlage, sondern die Zahl der Bewohner. Plötzlich zahlte der reiche Alleinbewohner einer Villa genausoviel Abgabe wie jeder einzelne Erwachsene in einer mehrfach belegten Mietwohnung.

Das Volk reagiert mit anhaltender Verbitterung auf die eklatante soziale Ungerechtigkeit. Etwa 7,5 Millionen Briten entrichten derzeit ihre Poll Tax nicht mehr, die Rathauskassen leeren sich. Welche Explosivkraft diese Steuer hat, zeigte sich drastisch vorvergangene Woche: Majors Konservative verloren in einer Nachwahl einen ihrer zehn sichersten Wahlkreise, Ribble Valley, an die Liberaldemokraten.

Die Absicht des Premiers, die Abgabe zu streichen und zur Immobiliensteuer zurückzukehren, stieß auf wütenden Widerspruch der Thatcher-Freunde in der Partei; Mitte letzter Woche drohten Regierungsmitglieder gar mit Rücktritt. Sie möchten nicht mit einer am Besitz orientierten Steuer 18 Millionen Haus- und Grundbesitzer belasten – und das sind eben vorwiegend Tory-Wähler.

Bei seinem Einzug in Downing Street 10 im vergangenen November hatte Major sich abzunabeln versucht von seiner Übermutter Thatcher mit einem selbstbewußten „Ich bin mein eigener Herr". Doch die Dame sitzt ihm weiter im Genick. In einem Fernseh-Interview in den USA giftete sie gegen „Tendenzen, das zu untergraben, was ich geschaffen habe". Gemeint war natürlich Major, der Europa- und Steuerverräter.

Margaret Thatcher ist noch immer mächtig in der Partei. Sie ist Präsidentin zweier einflußreicher antieuropäischer Klubs aus Abgeordneten und Wirtschaftlern, der „No Turning Back group" und der „Brügge-Gruppe". In der flämischen Stadt Brügge hatte sie 1988 eine flammende Absage an alle Pläne erteilt, Europa zu einer politischen Union zusammenzuschweißen.

Und sie ist noch immer populär. Ob es um die nationale Souveränität, dumpfe Abneigung gegen Kontinentaleuropa oder die Thatcher-typische „Little England"-Mentalität geht: „Viele Briten, vor allem die älteren, denken genau wie Margaret Thatcher", sagt die Tory-Abgeordnete Emma Nicholson.



Europapolitiker Major
„Ja, aber" statt „No, no, no"

Majors Versuch, die englische Politik neu auszurichten, ohne die Thatcher-Fans zum offenen Aufstand zu provozieren, gerät deshalb zum permanenten Balanceakt, bei dem der Premier leicht abstürzen könnte.

John Major ist von den Tories zum Boß gewählt worden, weil er die unter Margaret Thatcher auseinanderdriftenden Gemäßigten und Ultras einigen und die Wahlen gewinnen sollte. Rücksicht muß er auf beide Seiten nehmen, was sich auch in seiner Charme-Offensive gegenüber der EG zeigte: So neu sein Europastil war, der Taktiker Major gab keine Thatcher-Position auf. Dazu die *Financial Times*: Aus dem „No, no, no" von Frau Thatcher sei ein „Ja, aber" Majors geworden.

Wie seine Vorgängerin will der Londoner Golfkriegssieger keine nationale Souveränität aufgeben, und er läßt dem Königreich keine europäische Einheitswährung „aufzwingen". Die Währungsunion, so sagte John seinem Freund Helmut (der von Frau Thatcher nie mit Vornamen angeredet worden war), müsse so lange aufgeschoben werden, bis die auseinanderklaffenden nationalen Ökonomien sich einander angenähert hätten.

Einig sind sich Briten und Deutsche darin, die Westeuropäische Union als „Brücke" zwischen Nato und EG zu benutzen. Ein Bückling vor der Thatcher-Garde ist Majors Festhalten an dem durch den Golfkrieg erneuerten „besonderen Verhältnis" zwischen England und Amerika.



Protest gegen Kopfsteuer: Anhaltende Verbitterung

Major steht unter Erfolgsdruck, spätestens im Juni 1992 finden Wahlen statt. Während des Golfkriegs war der Tory-Chef zum beliebtesten Britenpremier seit über 40 Jahren aufgestiegen, doch vorige Woche war sein Golfbonus schon wieder verfallen: Erstmals seit Majors Amtsantritt lag Labour in einer Umfrage wieder ein Prozent vorn. Hauptgrund für den Tory-Abstieg: das ungebändigte Poll-Tax-Monster.

Majors Problem, so analysierte der Erziehungsminister im Labour-Schattenkabinett, Jack Straw, sei aber nicht nur die Kopfsteuer, es seien „Wirtschaft, Erziehung, Gesundheit, Wohnungsbau, Transport, zwölf Jahre Tory-Politik".

Nur mit dem Thema Europa werden Neil Kinnocks Linke dem Thatcher-Nachfahren keine Schwierigkeiten machen – das überlassen sie anderen. Im Wahlkampf, so spottete die *Financial Times*, müsse Major weniger gegen Labour als „gegen seine Vorgängerin Thatcher" antreten.

Nahost

Kalter Fisch

Jerusalemer Falken müssen nach dem Baker-Besuch ein bißchen mehr befürchten, daß Frieden droht.

Erleichtert verabschiedeten die Gastgeber den Besucher aus Washington. „Es ging glimpflich aus", meinte ein enger Mitarbeiter von Premier Jizchak Schamir, „Gott sei Dank."

Mit Skepsis und Bangen hatten die Israelis der Nahost-Reise des US-Außenministers James Baker entgegengesehen; die amerikanische Friedensmission, so fürchteten sie, werde darauf hinauslaufen, dem Judenstaat politische Zugeständnisse an die Palästinenser abzupressen. „Belohnen Sie nicht die Feinde Amerikas", wurde Baker in einer Anzeige beschworen. Auf die Forderung von US-Präsident George Bush, „Land für Frieden" einzutauschen, antworteten Bürger in einem Aufruf in der *Jerusalem Post*: „Niemand wird Land aus jüdischen Händen wegnehmen."

Als „Schwert, das über unseren Köpfen schwebt", hatte Ministerpräsident Schamir schon im Januar eine künftige „Pax Americana" bezeichnet. Gegenüber Kabinettskollegen gab er sich unmittelbar vor Bakers Visite pessimistisch: „Das wird eine heiße Sitzung."

Die Begeisterung nach dem schnellen Sieg der Amerikaner über Israels Todfeind Saddam Hussein war bald verflogen. Die Ankündigung von Bush, nach der Zähmung des Aggressors Irak auch die übrigen Konflikte in Nahost, vor allem das Palästinenserproblem, lösen zu wollen, kam Jerusalems Falken wie eine bedrohliche Kampfansage vor.

Sie erinnerten sich daran, daß vor dem Golfkrieg die Beziehung zwischen Israel und seinem traditionellen Schutzherrn Amerika so gestört gewesen war wie nie seit Gründung des Judenstaats 1948.

So fühlte sich Bush von Schamir persönlich hintergangen, als der israelische Ministerpräsident den Zustrom sowjetischer Juden als Vorwand für die Gründung neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten nutzen wollte. Eine „große Neueinwanderung", so Schamir damals, erfordere „ein Groß-Israel".

Als der US-Präsident nach der Invasion Kuweits im August telefonisch mit den Führern der Nahoststaaten konferierte, blieb Israel von der politischen Telefon-Seelsorge ausgespart. Nach dem Massaker an protestierenden Palästinensern auf dem Tempelberg im Oktober 1990 stimmte Washington im UN-Sicherheitsrat gar für eine Resolution, die Israel in aller Schärfe verurteilte.

Der siegreiche Kriegsherr Bush, glauben viele Israelis, habe nunmehr soviel politische Autorität gewonnen, daß er auch das widerstrebende Israel in das Prokrustesbett seiner „neuen Weltordnung" hineinzwingen könne.

„Die Amerikaner wollen uns unter Druck setzen? Sollen wir deswegen Schutzhelme aufsetzen und uns in unseren Bunkern verkriechen?" machte sich Außenminister David Levi vor Bakers Eintreffen selber Mut.

Doch dann trat der Amerikaner, der zu Hause als stahlharter Unterhändler und in Israel als „kalter Fisch" (die Zeitung *Jediot Acharonot)* gilt, unerwartet bescheiden auf – als verständnisvoller Mittler „mit dem Wunsch und Willen, die Ideen zu verfolgen, die andere vorbringen", so Baker.

Eindringlich warb Baker für einen „historischen Kompromiß": Die Araber seien auf der Grundlage der UN-Resolution 242 (die Israels Recht auf gesicherte Grenzen anerkennt) zu einer umfassenden Regelung des Nahostkonflikts mit Israel bereit; vor allem in Saudi-Arabien gebe es Anzeichen eines „neuen Denkens". Baker zu Levi: „Das ist eine Chance für den Frieden, die nicht verpaßt werden darf."

Unbefangen diskutierte der Amerikaner mit zehn Palästinensern, die sich offen als Sympathisanten der PLO bekannten. Bei diesem Treffen warb der US-Außenminister für eine Art doppelgleisiges Vorrücken auf dem Weg zum Frieden: Zum einen solle die Regierung in Jerusalem direkte Friedensverhandlungen mit den arabischen Nachbarstaaten aufnehmen; gleichzeitig müßten Israelis und Palästinenser Schritte zu einer gemeinsamen friedlichen Koexistenz entwickeln.



Premier Schamir, US-Außenminister Baker: „Den Arm verdrehen"

Islamische Fundamentalisten der in den besetzten Gebieten einflußreichen Hamas-Organisation verdammten das Gespräch als „Baker-Konspiration". Ein Hamas-Flugblatt hetzte: „Wir müssen Amerika, dem Führer der zionistischen Kreuzfahrer-Koalition, klarmachen, daß es sich nicht um die Interessen unserer Nation kümmern darf." Gemäßigte PLO-Vertreter hingegen meinten, das Treffen sei nötig gewesen, „um die Gefühle unserer Massen deutlich zu machen". Bakers Bereitschaft, mit ihnen zu reden, galt ihnen als Indiz eines bevorstehenden „politischen Durch-